



SOLIDARITÄT MIT DEN MIETER*INNEN DER UNGARGASSE 25!

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.03.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Wien Landstraße erklärt sich solidarisch mit den Mieter*innen der Ungargasse 25 und spricht sich für eine Lösung des Interessenskonflikts im Sinne der im Gebäude wohnenden Menschen aus.

Begründung

Ein rund 200 Jahre altes Biedermeierhaus im 3. Bezirk ist vom Abbruch bedroht, obwohl es in einer Schutzzone steht, obwohl die Substanz des Gebäudes laut MA37 ausreichend stabil und in Ordnung ist und obwohl das Haus nach wie vor bewohnt ist. Seit 2015 besteht der Rechtsstreit zwischen dem Eigentümer und der MA37. Nun hat das Verwaltungsgericht entschieden, dass das Haus nicht erhaltenswert sei und abgerissen werden dürfe. Basis dieser Entscheidung ist ein privates Gutachten, das der Eigentümer gekauft hat. Eine Lücke im Wiener Baurecht, eigentlich 2018 durch eine Baurechtsnovelle geschlossen, konnte genutzt werden, um den Abbruch baurechtlich durchzusetzen: Das Gebäude sei „nicht an die Umgebung entsprechend angepasst“, es sei damit „kein einheitliches Stadtbild gegeben“, so Gerhard Cech, Leiter der Baupolizei (MA 37), die sich acht Jahre lang für den Erhalt des Gebäudes eingesetzt hatte. Es passt nicht in die Umgebung, weil es älter ist als die umliegenden Gebäude und soll deshalb abgerissen werden: Absurd!

Die Wiener und Landstraßer Politik darf sich nicht schicksalsergeben verhalten gegenüber der untragbaren Situation rund um die Abbrüche von Altbauten. Empörung hilft den Betroffenen nicht weiter. Mutige Lokalpolitik kapituliert nicht vor den Profitinteressen der Immobilienspekulation.

Baurechtlich ist die Causa geschlossen. Es gibt jedoch zivilrechtliche Ansprüche der verbliebenen Mieter*innen. Solange das Haus bewohnt ist, darf es nicht abgebrochen werden. Diese Menschen verdienen die Solidarität und Unterstützung der Bezirks- und Gemeindepolitik.

Die Mieter*innen der Ungargasse 25 vernetzen sich. Im Jänner gab es eine erste Mieter*innenversammlung, wo ein gemeinsamer Austausch über die Rechtslage und die verbliebenen Möglichkeiten begonnen wurde.

Die Wiener und Landstraßer Politik muss jetzt auf der Seite der Mieter*innen stehen!

BR Mag. Daniel Harrasser